

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich

Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen, Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach, Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die Kleinspaltige

Petitzteile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen — in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze Bierstadt.

Nr. 65.

Dienstag den 8. Juni 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

— Nach italienischen Mitteilungen werden Italien, Belgien, Frankreich und England am 18. Juni eine Vorbesprechung über die deutsche Entschädigung abhalten.

— In Gleditz und Allenstein kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und Entente-soldaten.

— Der polnische Staatspräsident und das belgische Königs-paar werden demnächst als die ersten katholischen Staatsoberhäupter den italienischen Hof und gleichzeitig den Papst besuchen.

— Dem neuen Reichstag werden bis auf weiteres 42 für die Nationalversammlung gewählte Abgeordnete aus den östlichen Abstimmungsgebieten angehören.

— Eine allgemeine bolschewistische Offensive hat polnische Priester und Anführer begonnen. Die vorgeschobenen polnischen Kräfte wurden zurückgetrieben.

— Zwischen Dvina und der oberen Dvina drängen die polnische Heere an verschiedenen Punkten siegreich vor.

— Der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen, Mr. Wilson, ist wegen Unstimmigkeit mit Wilson zurückgetreten.

Der deutsche Schandenerklärung für Frankfurt a. M. Aus London wird gemeldet, daß ein amtlicher deutscher Funkpruch, den die Marconigesellschaft aufgegeben hat, besagt, daß die Berliner Regierung vor Frankreich als Schuldiger für die Besetzung von Frankfurt am Main 9250 000 Mark verlangt. Falls Frankreich die Bezahlung verweigert, wird das Verlangen in Spaa vorgebracht werden.

Vorbereitungen zur Spaa-Konferenz.

Graf Sforza, Unterstaatssekretär im italienischen Ministerium des Auswärtigen, ist nach London abgereist um der britischen Regierung den italienischen Standpunkt hinsichtlich der Verteilung der Wiedergutmachungssumme mitzuteilen. Vor der Konferenz in Spaa werden nach den Blättern auf Ansuchen Italiens die Regierungshäupter von Italien, Belgien, Frankreich und England wahrscheinlich am 18. Juni zusammenzutreten. Japan wird an der Konferenz von Spaa nicht teilnehmen, da die dort zu behandelnden Fragen es nicht berühren.

Polonisierung Oberschlesiens.

Das Amtsblatt der alliierten Kommission in Oppeln enthält eine Verordnung, wonach zum Schutze der polnischen Bevölkerung den Landräten polnische Beiräte beigegeben werden, die das Recht haben, sämtliche Akten einzusehen und gegen die Verordnungen der Landräte Protest zu erheben. Bei der Schulverwaltung der Regierung in Oppeln soll ein höherer polnischer Schulausschuss mit demselben Recht wie die Beiräte bei den Landräten arbeiten. Ebenso erhalten die Kreisschulinspektoren der Behörde eigene Kontrollen.

Deutsche Offiziere zu Zwangsarbeiten verurteilt.

Wie Habas aus Metz meldet, hat das Kriegsgericht in Abwesenheit verurteilt: den Oberst Adolf vom 88. Inf.-Regt., der beschuldigt war, zwangsweise landwirtschaftliche Maschinen in Epfl requiriert und sie an Soldaten weiter verkauft zu haben, zu zehn Jahren Zwangsarbeit und 5000 Frank Geldstrafe, den Major von Mantuffel vom 112. Inf.-Regt., der beschuldigt war, auf Schloß Romecourt Wäsche, Silber, Wein und Lebensmittel entwendet zu haben, zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit, sowie einen Luxemburger namens Bausch, der Deutscher gewesen sei, ebenfalls wegen Entwendung in Frankreich in den Jahren 1914 bis 1918 Zwangsarbeit, einen Feldwebel namens Altmayer vom Gefangenlager in Hagen wegen angeblicher Mißhandlung zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit sowie vier seiner Untergebenen zu je zwei Jahren Gefängnis. — Die Meldung über die Beurteilung des Ingenieurs Imhoff (Ludwigshafen) zu sechzehn Jahren Zwangsarbeit durch das französische Kriegsgericht in Lille entspricht nicht den Tatsachen. Das Kriegsgericht in Lille hat sich für unzuständig erklärt; Imhoff ist zur Beurteilung nach Chalons sur Marne geführt worden.

Die Abstimmung im Regierungsbezirk Allenstein am 11. Juli.

Der deutsche Reichs- und Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet in Allenstein teilt mit, daß die interalliierte Kommission soeben folgende Verordnung erlassen hat: Auf Grund der Artikel 94 und 95 des Vertrages von Versailles vom 26. Juni 1919 und auf Grund des Artikels 1 des Abstimmungsreglements vom 14. April 1920 wird Sonntag, 11. Juli 1920, als Tag der Abstimmung im Regierungsbezirk Allenstein und im Kreis Olsztyn festgesetzt.

Belagerungszustand in Griechenland.

„Corriere della Sera“ meldet aus Athen, daß der Belagerungszustand mit Wirkung vom 1. Juni wieder in Kraft getreten ist. — Ueber die Gründe der Wiedereinführung des Belagerungszustandes in Griechenland melden die römischen Blätter aus Athen: Für Donnerstag, dem Geburtstag des Königs Konstantin, waren gewaltige Volkskundgebungen gegen die Diktatur Venizelos und für die Rückkehr des Königs angesetzt.

plant. In der griechischen Oppositionspresse wurde offen die sofortige Rückkehr des Königs verlangt. Bedingt durch die Aufbietung großer Polizei- und Truppenmassen gesicherte Belagerungszustand konnte Venizelos von einem Massenaufstand des unzufriedenen Volkes sichern.

Nachtritt des amerikanischen Staatssekretärs Post.

Habas meldet aus Washington: Staatssekretär Post reichte sein Nachtrittsgesuch ein, das von Wilson angenommen wurde. — Die Demission des amerikanischen Außenministers ist auf die ablehnende Haltung des Präsidenten Wilson in der Friedensfrage zurückzuführen.

General Brusilow unter der Anklage des Hochverrats.

Die Warschauer Agentur meldet aus Moskau: Auf Befehl des Moskauer Sowjets ist Brusilow nach Moskau gebracht worden, wo er sich wegen Hochverrats zu verantworten hat. Brusilow ist zurzeit in einem Moskauer Kerker untergebracht. — General Brusilow, einer der bekanntesten zaristischen Heerführer, war vor kurzem von den Bolschewiken zum Oberbefehlshaber der Sowjettruppen an der polnischen Front ernannt worden. Nach der Niederlage der Bolschewiken an der Dvina wurde er seines Postens enthoben und unter der Beschuldigung des Hochverrats verhaftet, weil er durch Einleitung der bolschewistischen Offensive wesslich der Dvina die Niederlage der Sowjetarmee verschuldet habe.

Brief aus der Reichshauptstadt.

— Berlin, im Juni 1920.

Der Wahltag ist vorüber. Die ersten Ergebnisse des heißen Wahlkampfes sind bereits bekannt. Das Wahlergebnis wartet jeder einzelne Wähler mit großer Spannung. Doch bald wird sich die Erregung legen, und nur die klammerlichen Reste der Wahlplakate und der zahllosen Flugblätter erinnern an die heißen Wahlkampfstage.

Wie überall im Reich, verlief der Wahlkampf auch in Berlin in diesem Jahre verhältnismäßig friedlich. Die Beteiligung an den Wahlversammlungen ließ vielfach sehr zu wünschen übrig. Viele blieben ihnen fern, denn für sie stand es ja, wie sie sagten, schon längst fest, welchem Kandidaten und welcher Partei sie ihre Stimme geben würden. Viele ausländischen Beamten erschienen aber auch deswegen nicht in den auch in diesem Jahre von allen Parteien in großer Zahl veranstalteten Wahlversammlungen, weil sie einen ähnlichen Verlauf wie im Revolutionsjahre 1919 vor der Wahl zur Nationalversammlung befürchteten. Damals war es doch oft sehr, sehr bunt und ungemütlich hergegangen.

In diesem Jahre war es aber bei weitem nicht so schlimm. Allerdings ist es in den letzten Tagen vor der Wahl, die den Höhepunkt des Wahlkampfes bildeten, verschiedentlich zu wissen gekommen. Alle Parteien hatten Versammlungen veranstaltet, um noch in letzter Stunde ihren Anhang zu mehren und dem Gegner Abbruch zu tun. Gemüht wurde nicht nur mit Worten. Den Aufstand bildete gewöhnlich ein Wortgeplänkel, dem sich dann bald das „Auseinander-schlagen“ anschloß. Auch festere Argumente, als da sind Spazierhüte, Bierfelder und Stuhlbeine wurden ausgiebig in Tätigkeit gesetzt. Doch ging es meistens noch glimpflich ab. Die Opfer des „politischen“ Meinungs-austausches hatten neben zerrissenen Rockrößen, aufgeschlitzten Hemdbrüsten und zerquetschten „Nähten“ in der Hauptsache nur mehr oder weniger arge Schrammen.

Außer diesen zeitweiligen Brüllereien in den Wahlversammlungen spielte sich auf den Straßen noch eine andere friedlichere Art des Wahlkampfes ab. Alle Parteien hatten ihre Wahlhelfer mobil gemacht, die Nacht für Nacht mit ihren Kleiderbüchsen und Pinseln Loszogen, um die verlodenden Wahlaufrufe und Wahlplakate an den Litzsäulen, Mauern und Bäumen zu verewigen. Hinterher zog dann gleich die Gegenpartei, um die Plakate des Gegners entweder abzureißen oder mit Plakaten ihrer Partei zu überkleben. Da spielten sich mitunter ganz ergötzliche Dispute zwischen den Plakatklebern ab. Ganz schlaue und findige Köpfe verstanden es aber, ihrem Konkurrenten ein Schnippen zu schlagen, indem sie eine Leiter mit sich führten, um ihre Plakate möglichst hoch und für unerschwingliche „Zettelabreißer“ unerschwingbar anzubringen.

Am frühen Morgen, wenn dann der Berliner eifrig seiner Arbeitstätte zuwies, konnte er die nächste Arbeit seiner Parteifreunde bewundern. Einige Wahlplakate waren übrigens ganz geschmackvoll und sinnreich, andere, wie die knallrote Faust des Spartakus, die mitten in die erschrockene Gesellschaft dreinfährt, verunsicherten die Kampfesweise der betreffenden Partei deutlich genug und wirkten wohl mehr abschreckend denn als Werbemittel. Auf dem Plakat der K. P. D. spricht einer der Ihren zu einer Gesellschaft korrupter Herren im bequemen Klubstuhl. Was aber der Kommunist zu ihnen spricht, läßt sie vor

Segret aus den Klubesseln herauszucken. Daneben oder darüber sieht man das Wahlplakat der Deutschen nationalen mit dem Kopfe Bismarcks, mit dem Preussischen Adler usw. Eine großartige Propaganda hatte neben der Demokratischen Partei vor allem die Deutsche Volkspartei, die Partei des Wiederaufbaues, wie es den Passanten an jeder Straßenecke entgegenleuchtet, entfaltet. Eigenartig war auch die Wahlkassette der Kandidaten des gesamten Mittelstandes. Es handelte sich um eine Rundgebung der wirtschaftlichen Vereinigung. Etwa 20 rosengefarbte Wagen zogen in Begleitung einer Musikkapelle die Straßen entlang. Ihre Besatzung verteilte viele Flugblätter. An der Spitze des Zuges fuhr in einem Auto die zehn Kandidaten der neuen Partei.

Selbst auf die taubstummen Wähler und Wählerinnen hatten die Demokraten ihre Propaganda ausgebreitet. Die Kandidaten hielten begeistert ihre Wahlschilder, die dann von Dolmetschern noch übertragen werden mußten.

Am Wahltag selbst hatte die Sicherheitspolizei die ernstlichsten Maßnahmen zum Schutze der Wahllokale getroffen. Im Wahlkreis Stadt Berlin waren allein an 1600 Wahllokale zu sichern, hierzu kamen noch die Wahllokale der Vororte, in denen die Sicherheitspolizei ebenfalls den Wahlschutz übernommen hatte. Unabhängig von dem gewöhnlichen Streifengang der Sicherheitswachen fand den ganzen Tag über ein ununterbrochener reger Streifgang von Wahllokal zu Wahllokal von den Sicherheitskassernen aus statt. Außerdem erhielt jedes Wahllokal Postierungen von Beamten in Uniform, die eine gewaltige Verhinderung des Wahlschlusses, Verführung oder Verschleppung der Urnen und ihres Inhaltes und die Vernichtung der Wahlergebnisse verhindern sollten.

Die Wahlbeteiligung war ziemlich rege. Immer neue Wählergruppen wurden von den Wahlhelfern herangeführt. In langen Kolonnen mußten die Wähler, mehr oder weniger geduldig anstehend, bis sie ihrer Wahlpflicht genügen konnten. In etwa zwei Wochen soll das neue Berliner Stadtparlament gewählt werden, da geht der Wahlrummel von neuem los.

Abbau der Zwangswirtschaft.

Beschränkung der Zwangswirtschaft auf die wichtigsten Lebensmittel.

Der planmäßige Abbau der Zwangswirtschaft hat in der letzten Zeit erhebliche Fortschritte gemacht. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geht dabei grundsätzlich von der Auffassung aus, daß die Zwangswirtschaft aufzuheben ist, sofern sie kein dringendes Erfordernis für die Versorgung der Bevölkerung mehr darstellt, und daß die Aufhebung bei Eintritt solcher Verhältnisse mit Nachdruck und Beschleunigung durchzuführen ist. Dabei erscheint es allerdings nicht zweifelhaft, daß die für die Ernährung wichtigsten Nahrungsmittel, wie Getreide, Milch usw., zur Sicherstellung der Ernährung der Zwangswirtschaft noch nicht entzogen werden können, und daß für ihre Freigabe ein bestimmter Termin noch nicht ins Auge gefaßt werden kann. Die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung steht als erste Notwendigkeit dem entgegen. Wenn aber die Beseitigung der Zwangswirtschaft und die Einschaltung des freien Handels die Sicherstellung der Ernährung nicht gefährden, oder gar eine Verbilligung der Nahrungsmittel zur Folge haben werden, dann soll der freie Handel auch eingeführt werden.

Die Auflösung der Kriegsgesellschaften.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat diese Grundzüge bereits in großem Umfang durchgeführt. Ein großer Teil der Kriegsgesellschaften ist bereits aufgelöst, der Rest befindet sich zur Zeit in der Auflösung.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst wird bis zum 1. August ihre bewirtschaftende Tätigkeit ganz eingestellt haben. In Verbindung mit dieser Auflösung wird die Einfuhr von frischem Obst sofort freigegeben werden mit Ausnahme von Kirschen und Südkirschen. Die Einfuhr von frischem Gemüse soll spätestens vom 28. Juni ab erfolgen, wobei ebenso wie beim Obst Vorbehalte, daß Einfuhrbewilligungen und andere Formalitäten notwendig sind, nicht gemacht werden.

Ferner ist die beschleunigte Auflösung der Reichsverteilstellen für Nahrungsmittel und Eier angeordnet worden. Desgleichen ist angeordnet worden der beschleunigte Abbau des Reichskommissariates für Fischversorgung. Ueber die Neuordnung der Fettwirtschaft sind Verhandlungen im Gange; im Zusammenhang damit wird der beschleunigte Abbau des Reichsausschusses für Eier und Fette erfolgen. Die Reichsfuttermittelstelle ist vollkommen aufgelöst.

Im Zusammenhang mit dem Abbau der Zwangs-
wirtschaft ist endlich auch noch auf die Neuordnung
der Kartoffelverföhrung zu verweisen, bei der
eine wesentliche Boderung der bisherigen Zwangs-
bewirtschaftung eintreten soll. Die Sicherung für die
Verföhrung der städtischen Bevölkerung liegt hier bei
den Städten selbst, die spätestens bis zum 19. Juni
ihren Bedarf anzumelden haben, sofern sie beliefert
werden wollen. Der Abschluß von Lieferungsverträgen
erfolgt auf Grund dieser Anmeldung.

Der Feind im Land.

Neue französische Ausschreitungen in Oberschlesien.

Infolge der dauernden Uebergriffe der polnischen
Agitatoren und des vielfach herausfordernden Beneh-
mens der alliierten Besatzungstruppen sind die Zu-
sammenstöße der deutschen Bevölkerung mit den Polen
und ihren alliierten Gannern in den östlichen Ab-
stimmungsgebieten allmählich eine geradezu alltäg-
liche Erscheinung geworden. Der deutschgesinnten Be-
völkerung hat sich eine ungeheure Erregung bemäch-
tigt, die, wenn den Uebelständen nicht bald abgeholfen
wird, leicht zu gefährlichen Weiterungen führen kann.
Neuerdings ist es in Gleiwitz wieder zu schweren
französischen Ausschreitungen gekommen, die in ganz
Oberschlesien tiefe Empörung hervorgerufen haben.
Ueber den Zwischenfall in Gleiwitz liegt folgende Mel-
dung vor:

Gleiwitz, 6. Juni.

Infolge schamlosen Benehmens einer weiblichen Per-
son gegenüber einem Franzosen, der sie in Schutz nahm,
kam es am Abend des Fronleichnamstages in einem be-
stimmten Tanzlokal zu einer wilden Schlägerei seitens einer
großen Anzahl französischer Soldaten, die sich unter An-
drohung von Waffengewalt Eintritt in die ge-
schlossene Tanzgesellschaft verschafft hatten. Ein städtischer
Wachmeister, der beruhigend einwirken wollte, wurde mit
den Zivilisten aus dem Lokal hinausgedrängt. Danach
harrten 150 Franzosen, wie die „Dresdener Morgen-
zeitung“ meldet, eine in der Nähe liegende Polizeiwache.
Die Beamten wurden über zugerichtet, u. a. wurde ein
schon aus dem Bett liegender schwer verletzter Beamter
mit dem Seitengewehr gestochen. Auch die zu Hilfe ge-
rungene Sicherheitspolizei geriet mit den Franzosen zusam-
men. Hierbei wurden noch zwei Wachmeister der Elbe-
heitspolizei und eine Reihe von Zivilisten schwer ver-
letzt. Schließlich ergriffen die Franzosen, um sich der
Verantwortung für ihre Taten zu entziehen, die Flucht.

Freitag nachmittag fand eine Protestkundgebung
statt, die von der Gleiwitzer Angelegenheit und der
Arbeiterchaft ausging und an der sich die ganze Einwoh-
nerschaft von Gleiwitz beteiligte. In einer einmütig an-
genommenen Entschlußföhrung fordert die Arbeiterchaft
die Entwaffnung des französischen Militärs außer-
halb des Dienstes, weiter, daß die französischen Militärs
sich der Zivilbevölkerung gegenüber korrekt benehmen und
daß die französischen Soldaten, die am Fronleichnamtag
Zivilpersonen sowie Polizeibeamte mißhandelt haben, auf
das strengste bestraft und die Verletzten aus der französischen
Kasse entschädigt werden sollen.

Der Gleiwitzer Magistrat sandte Telegramme an
die Regierung, an die Geschäftsträger der Alliierten
in Berlin sowie an die Entente-Kommission in Opatów
mit dem Ersuchen, sofort einzugreifen, da der Magi-
strat nicht mehr Herr der Lage sei. Es wurde von der
französischen Besatzungsbehörde Abänderung des bis-
herigen Verhaltens verlangt, andernfalls binnen vier-
undzwanzig Stunden ganz Oberschlesien in den Ge-
neralstreik eintreten würde. In der Freitag-Nacht
wurden wieder von französischen Soldaten zwei Zivi-
listen auf dem Krakauer Platz anlässlich eines gering-
fügigen Wortwechsels erschossen.

Aufruf der deutschen Plebiszit-Kommission für Ober- schlesien.

Das deutsche Plebiszit-Kommissariat erläßt einen
Aufruf an die ober-schlesische Bevölkerung, worin die
durch die maßlose polnische Agitation hervorgerufenen
Erregung und die in diesem Zusammenhang erfolgten
Ausschreitungen bedauert werden. Die Be-
völkerung wird aufgefordert, sich nicht durch die Ström-
pellostigkeit von Frauenzimmern dazu hinreißend zu
lassen, ihrer Empörung durch Tätlichkeiten Ausdruck
zu verleihen. Von den Kommandostellen der Be-
satzungsbehörden wird andererseits erwartet, daß sie
ihre Truppen anweisen, alles zu vermeiden, was der
Bevölkerung Grund zu berechtigter Empörung geben
könnte. Das deutsche Plebiszit-Kommissariat wird bei
der interalliierten Kommission dafür eintreten, daß
jeder Uebergriff von Angehörigen der Besatzungstrup-
pen geahndet wird.

Ein Zusammenstoß mit Italienern in Allenstein.

Ein ähnlicher Vorfall wie in Gleiwitz ereignete
sich in Allenstein. Auch hier kam es bei einem
Tanzvergnügen zu einem blutigen Zusammenstoß zwi-
schen Deutschen und Besatzungstruppen. Ein deutscher
Mädchen hatte einen Italiener abgewiesen, worauf er
ihre Ohrfeige versetzte. Daraufhin wurden die
Italiener aus dem Saal geworfen. Das rief eine
Schlägerei hervor, bei der ein Italiener in der Not-
wehr von einem deutschen Sicherheitsbeamten schwer
verwundet wurde. Schließlich mußten die Friedens-
förderer das Schlachtfeld fluchtartig räumen. Die an-
wesenden Engländer nahmen die Partei der Deut-
schen.

Das „Bedauern“ der alliierten Kommission.

Anlässlich der blutigen Vorgänge in Dentsch
(Oberschlesien) erschien der Vorsitzende der interalliierten
Kommission, General Le Rond, mit dem eng-
lischen Obersten Percival und dem italienischen Kom-
missar Passini im Opatów polnischen Konsulat und
sprach über die Vorgänge vom 2. Mai der polnischen
Regierung das Bedauern der interalliierten Kommis-
sion aus. Im Anschluß daran wurde unter Salu-
tation der französischen Truppen der polnische Mi-
nister, der seinerzeit vom Konsulat heruntergerissen und
ins Wasser geworfen worden war, wieder angebracht.
Kurz darauf veranstalteten patriotische Deutsche eine
Begräbnisfeier.

Das Reichsnotopfer.

Abgabe der Steuererklärung in der Zeit vom 28. Juni
bis 28. August 1920.

Die vom Reichsfinanzminister erlassenen Ausfüh-
rungsbestimmungen zum Gesetz über das Reichsnot-
opfer sind jetzt veröffentlicht worden. Wir geben im
folgenden die wichtigsten Bestimmungen inhaltlich
wieder:

Die Veranlagung und Erhebung des
Reichsnotopfers erfolgt durch die Finanzämter. Als
Basis für die Abgabe der Steuererklärung
wird die Zeit vom 28. Juni bis 28. August 1920 be-
stimmt, in besonderen Fällen kann die Frist verlan-
gert werden. Auf Grund der Steuererklärung findet
die Veranlagung der Steuerpflichtigen statt. Den Aus-
führungsbestimmungen ist eine Hilfstafel zur Be-
rechnung des Reichsnotopfers beigegeben, aus der
sich für das steuerpflichtige Vermögen der Steuer-
träger nach den zulässigen Abzügen, die den Betrag
von 5000 Mark übersteigende Summe):

Steuerpflichtiges Vermögen	Steuerbetrag
Mark	Mark
1 000	100
10 000	1 000
50 000	5 000
100 000	11 000
200 000	26 000
500 000	91 250

1 000 000	246 000
3 000 000	1 171 000
7 000 000	3 471 000
8 000 000	4 121 000

Mit allen folgenden je 1000 Mark steuerpflichtiges Ver-
mögen 850 Mark mehr Steuerbetrag.

Dem Steuerpflichtigen wird ein schriftlicher
Steuerbescheid erteilt, der den Betrag der zu
zahlenden Steuer und die Berechnungsgrundlagen ent-
hält. Der festgestellte Steuer und die Zinsen mit
5 Prozent des Steuerbetrages für die Zeit vom 1. No-
vember 1920 bis zum Ende des Monats zuzuschreiben,
der auf den Monat der Zustellung des Steuerbescheides
folgt.

Zahlungen in Bar.

Für Steuerpflichtige, die ihre Zahlung in Bar
vor dem 30. Juni 1920 entrichten, gilt der Vor-
teil, daß für je 100 Mark der Steuer 92 Mark zu
entrichten sind, in der Zeit vom 1. Juli bis zum
31. Dezember 1920 96 Mark. Ferner gilt für
die Zeit bis zum 31. Dezember 1920 die Verpflich-
tung der Finanzämter, Schuldverschreibungen, Schuld-
buchforderungen und Schamweisungen des Deutschen
Reiches an Zahlungsstatt anzunehmen. Wie bereits
bekannt, sind in dieser Zeit

Kriegsanleihe

sowie die Schamweisungen der 6. bis 9. Kriegsan-
leihe zum Nennwert, die Schamweisungen der 4.
und 5. Kriegsanleihe mit 96,50 Mark für je 100 Mark
Nennwert an Zahlungsstatt anzunehmen, wenn der
Steuerpflichtige nachweist, daß er die hingebenen
Schuldverschreibungen oder Schuldbuchforderungen und
Schamweisungen selbst gezeichnet oder aus dem Nach-
lass eines Verstorbenen, der sie gezeichnet hatte, er-
worben hat, oder als Angehöriger einer offenen Han-
dels-gesellschaft, Genossenschaft usw. empfangen oder in
an Stelle einer auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden
Aussteuer erhalten hat. Voraussetzung ist in
jedem Falle, daß der Vorbesitzer Selbstzeichner war.

Erhebung der Einkommensteuer.

Zur Ausführung der Verordnung über die vorläufige
Erhebung der Einkommensteuer für das Rech-
nungsjahr 1920 vom 20. April 1920 hat der Reichs-
minister der Finanzen angeordnet, daß bei der
Durchführung des Einkommensteuergesetzes der Grund-
satz maßgebend sein soll, daß

- a) Steuerpflichtige, für welche sich die vorläufige zu
entrichtende Einkommensteuer höher als die fei-
derliche Staats- und Gemeindegemeinschaften be-
rechnet, die nach § 58 Absatz 2 Einkommensteu-
gesetz berechnete Steuer,
- b) alle übrigen Steuerpflichtigen dagegen die fei-
derliche Staats- und Gemeindegemeinschaften vorläufig zu
entrichten haben. Eine Anforderung der
vorläufigen Einkommensteuer unterbleibt jedoch, wenn 10 Prozent des derzeitigen
Arbeitslohnes eines Steuerpflichtigen voraussicht-
lich mehr als die vorläufig zu entrichtende
Einkommensteuer betragen.

Die unter a) fallenden Steuerpflichtigen erhalten
einen vorläufigen Steuerbescheid, die unter b) fallen-
den ein Anforderungsschreiben. Die vorläufig zu ent-
richtende Einkommensteuer, ist von den Steuer-
pflichtigen, denen ein Bescheid oder ein Anforderungs-
schreiben zugingen, für das 1. Vierteljahr 1920 (1. April
1920 bis 30. Juni 1920) sofort nach Zustellung des-
selben und der Rest in vierteljährlichen Raten jeweils
bis zum 15. der Monate August, November 1920 und
Februar 1921 an die zuständige Steuerbehörde (bis-
herige Finanzämter) abzuführen. Die Steuer kann
auch für mehrere Vierteljahre bis zum ganzen Jahr-
ressbetrag im Voraus gezahlt werden. Steuerpflichtige,
welchen ein Bescheid oder ein Anforderungsschreiben
nicht zugestellt ist, können nach dem 15. August 1920
Steuerbeträge bei der zuständigen Steuerklasse frei-
willig einzahlen.

Goldelie.

Roman von E. Marlitt.

(Nachdruck verboten.)

Es war zwar noch nicht die Stunde, in der sie
jeden Morgen mit der Baronin und Hollfeld zu früh-
stücken pflegte — ihr Bruder blieb diesen frühen Zu-
sammenkünften stets fern — aber sie hielt es nicht
länger aus in ihrem einsamen Zimmer und ließ sich,
da sie sich sehr schwach fühlte, im Rollstuhl nach
dem Salon fahren. Zu ihrer Verwunderung hörte
sie von dem Bedienten, der alles zum Frühstück vor-
bereitet, daß die Baronin schon vor einer halben
Stunde spazieren gegangen sei; das war ein seltsamer
Fall, aber er kam der jungen Dame sehr erwünscht,
denn in dem Augenblicke, als sie sich in eine der
Fenstervertiefungen rollen ließ, erblickte sie Hollfeld,
der draußen auf dem großen Kiesplatz vor dem Schlosse
auf und ab ging.

Er schien keine Ahnung zu haben, daß er beobachtet
werde. Den breiten, schön gebauten Oberkörper elastisch
auf den Hüften hin und her wiegend, schritt er rasch
und leicht dahin. Dann und wann führte er mit
schlichtem Wohlbehagen die Zigarre an den Mund,
deren feiner Duft durch das geöffnete Fenster bis zu
Helene drang. Die junge Dame war zuerst schmerzhaft
betroffen und wollte es sich durchaus nicht eingestehen,
daß das Aussehen des Geliebten auffallend frisch
war und von heiterster Laune zeugte, aber es war
ihm unmöglich, in seiner Haltung, in jeder Bewegung,
ja selbst in dem halb unbewußten Lächeln, das seine
lippen öffnete und die wunderschönen Zähne
sehen ließ, einen anderen Ausdruck zu finden, als
den eines leichten, jugendlichen Uebermutes, der Lebens-
lust und eines unendlichen Behagens...

Die junge Dame zog finstern die Augenbrauen
zusammen.

„Emil!“ rief sie heftig, mit fast rauher Stimme

hinab. Hollfeld erschrak sichtlich, aber mit einem Satze
wand er unter dem Fenster und schwenkte grüßend
seinen Hut.

„Wie?“ rief er, „du bist schon hier? ... Darf
ich hinauskommen?“

„Ja!“ klang es in bereits milderem Tone herab.
Nach wenigen Augenblicken trat er in den Salon.
Helene hatte jetzt eher Grund, mit seinem Aussehen
zufrieden zu sein; denn es lag ein tiefer Ernst auf
seiner Stirn. Er warf seinen Hut auf den Tisch und
rückte einen Stuhl neben die junge Dame. Ihre bei-
den Hände zärtlich an sich ziehend, sah er ihr ins
Gesicht; er schien selbst betroffen zu sein über ihre
schönen Wangen und den erloschenen Blick, der dem
seinen begegnete.

„Du siehst sehr abel aus, Helene,“ bemerkte er
teilnehmend.

„Und nimmst dich das wunder?“ fragte sie, unfähig,
ihre Bitterkeit zu unterdrücken. „Mir ist leider jene
glückliche Gabe des Gleichmuts versagt, mittels der
man schon wenige Stunden nach einer heftigen Prüfung
wieder heiter und lebensfroh in die Welt blicken kann.
Ich beneide dich.“

Ihr Auge streifte vorwurfsvoll sein blühendes Ge-
sicht. Er verwünschte innerlich seinen Morgenpazier-
gang, oder vielmehr die Unvorsichtigkeit, mit der er
seine Gedanken an Elisabeth und den Sieg, den er
über das fröde Mädchen feiern werde, zur Schau
getragen hatte.

„Du bist ungerecht, Helene,“ entgegnete er leb-
haft, „wenn du mich nach meiner äußeren Haltung
beurteilst... Soll denn der Mann, wenn er sich in
das Unvermeidliche fügen muß, weinen und wehklagen?“

„Nun, davon schienst du vorhin auch sehr weit
entfernt zu sein.“

Ein unaussprechlicher Aerger bemächtigte sich sei-
ner. Das armselige Wesen da vor ihm, das bei seinem
mitgeschalteten Körper Gott danken mußte, wenn ein
Mann ihm gegenüber sich überwand, nicht gerade un-
freundlich und abstoßend zu sein, und das auch wirk-
lich früher jede kleine Aufmerksamkeit mit unsäglicher
Dankbarkeit aufgenommen hatte — es wurde plötzlich
so anmaßend, ihm Vorwürfe zu machen. Es kostete
ihm unsägliche Mühe sich zu beherrschen, aber er tat
es, und es glückte ihm sogar ein Lächeln mit einem An-
strich von Melancholie, was ihn in diesem Augen-
blicke sehr interessant erscheinen ließ.

„Weißt du auch, Helene,“ begann er endlich, „daß
ich großes Bedenken trage, heute die Angelegenheit

mit dir zu besprechen? ... Du bist sehr angegriffen;
ich fürchte, ein eingehendes Gespräch macht dich krank.
Und dann muß ich sagen, daß mir mein gestriger Ge-
danke, je öfter ich ihn beleuchte, immer praktischer
erscheint; es sollte mir deshalb sehr leid tun, wenn du
in der Aufregung seine vorteilhaften Seiten übersehen
würdest.“

„Das werde ich ganz gewiß nicht,“ rief Helene,
sich lebhaft emporrichtend, ihr Auge hatte einen sie-
berhaften Glanz. „Ich habe mich überwunden und
bin bereit, mich in das Unvermeidliche zu fügen...
Ich verspreche dir, so völlig unparteiisch zu sein, als
ob — ich nicht liebte.“ Sie erstete, denn zum ersten
Male sprach sie das Wort aus.

„Nun denn,“ sagte Hollfeld zögernd — er ver-
mochte nicht ganz seine innere Erregung zu beherrschen
— „was meinst du zu dem jungen Mädchen auf Schloß
Gnadend?“

„Elisabeth Berber?“ rief Helene aufs höchste über-
rascht.

„Elisabeth von G. Adewitz,“ verbesserte Hollfeld
rasch. „Gerade die plötzliche Veränderung ihrer Stel-
lung hat mich auf die kleine Aufmerksamkeit gemacht.
Bis dahin habe ich sie wenig beachtet, und ist mir
nur ihr bescheidenes Wesen und die große Ruhe in ihren
Gesichtszügen aufgefallen.“

„Wie, an der reizenden wunderbar besetzten Er-
scheinung wäre dir nichts Bemerkenswertes vorgekommen,
als die Ruhe und Bescheidenheit?“

„Nun ja,“ entgegnete er gleichgültig, „ich erin-
nere mich, daß du manchmal über deine eigenen Finger
ärgerlich wurddest, während sie nie eine Miene verzog
und geduldig immer wieder von vorne anfang, bis du
ihre folgen konntest. Das gefiel mir schon damals.
Ich halte sie für einen sehr ruhigen Charakter, und
den muß vor allem meine künftige Frau haben. Auch
ist es nicht zu verkennen, daß sie dich verehrt; damit
wäre die Hauptbedingung erfüllt. Ferner ist sie in
engen, beschränkten Verhältnissen aufgewachsen; sie wird
keine Ansprüche machen, und ich leicht in die Stel-
lung dir und mir gegenüber finden. Ich glaube, sie
hat Lust und ist häuslich erzogen und...“

(Fortsetzung folgt.)

Die Aufstellung der Steuerbefehle und der Aufzählungsscheine

Wird voraussichtlich Anfang August 1920 erfolgen. Nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 erfolgt die endgültige Veranlagung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 1920. Die in der vorläufigen Erhebung eingezahlten Beträge werden alsdann auf die endgültig festgesetzte Einkommensteuer angerechnet.

Schleswigs Nordgrenze

Schlechter als die Clausenlinie!

Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris ist von dem französischen Ministerpräsidenten Herr Millerand am 31. Mai eine Note, betreffend die Grenzziehung in Schleswig und den Übergang der in Frage kommenden nord-schleswigschen Gebiete, zugeestellt worden. Eine Anlage zur Note enthält eine offizielle Mitteilung über die Beschreibung der zukünftigen Grenzlinie zwischen Dänemark und Deutschland. Die offizielle Mitteilung über die Grenzlinie soll erst in dem Augenblick erfolgen, wo zwischen den Hauptmächten ein Vertrag über die Abtretung geschlossen ist, dessen Wortlaut ebenfalls von Herrn Millerand an Herrn Schöpper übergeben worden ist. Deutschland soll binnen 10 Tagen eine Antwort auf den Vertragsentwurf, der auch der dänischen Regierung mitgeteilt worden ist, geben. Fallsamtlich wird darüber mitgeteilt:

Die vorgesehene Grenze verläuft ungefähr wie die Clausenlinie, mit einigen Abweichungen zu Ungunsten Deutschlands. Das ganze Werk Kupfermühle bleibt bei Deutschland, dafür aber sind Abweichungen zu unseren Ungunsten bei Krusan, bei Pattburg, dessen ganzer Bahnhof Dänemark zufällt, und nördlich Mönstorf bis nach Tielstorf vorgenommen.

Ein Optionsrecht für Dänemark ist allen Wahlberechtigten in der zweiten Zone unter den Bedingungen der Artikel 112 und 113 des Friedensvertrages eingeräumt, d. h. die für Dänemark Optierenden müssen innerhalb eines Jahres nach der Option ihren Wohnsitz in das Gebiet des Staates verlegen, für den sie optiert haben.

Neu ist gegenüber dem Friedensvertrage, daß Dänemark nicht nur den deutschen Staatsbürgern, sondern auch den Provinzialbürgern der Provinz Schleswig-Holstein und den Privatbürgern aller deutschen Mitglieder des früheren schleswig-holsteinischen Herzogtums erworben soll. Alle Kauf-, Miet- und Pachtverträge, die in Bezug auf Staats- oder Provinzialgüter nach dem Waffenstillstand abgeschlossen sind, sollen null und nichtig sein, wenn nicht Dänemark zustimmt.

Die Entente hat also die von dem Schriftsteller Tiedje, einem der besten Kenner der nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Nordmark, gemachten Grenzvor schläge unbeachtet gelassen. Anstelle der von Tiedje vorgeschlagenen Linie, die am besten dem Selbstbestimmungsrecht und der wirtschaftlichen Notwendigkeit Rechnung getragen hätte, soll die weiter südlich liegende Clausenlinie der Grenzführung zugrunde gelegt werden. Daß diese Linie eine schwere Ungerechtigkeit gegen das Deutsche in Schleswig darstellt, ist schon wiederholt betont worden. Sie nimmt auf die nationalen und wirtschaftlichen Interessen der deutschen Bevölkerung in der ersten und der zweiten Zone nicht die geringste Rücksicht. Sie trennt die vorwiegend deutschen Städte Tondern und Hoyer vom deutschen Reich, und durch die Zuteilung von Hoyer an Dänemark beraubt sie uns des einzigen deutschen Hafens an der nord-schleswigschen Westküste. Dadurch sind die Insel Sylt und damit das Seebad Westerland von dem deutschen Festland geradezu abgeschnitten. Ferner wird die Hensburger Förde durch eine mitten hindurchlaufende Grenzlinie in unerträglich Weise geteilt. Ueber die bereits bekannten Nachteile der Clausenlinie hinaus sind, wie aus der obenstehenden fallsamtlichen Mitteilung hervorgeht, noch verschiedene Bestimmungen zumungunsten des Deutschen in Schleswig getroffen worden, die von der deutschen Regierung nicht un widersprochen hingenommen werden dürfen.

Die Abgeordneten

der Abstimmungsgebiete.

42 Abgeordnete behalten vorläufig ihre Mandate.

Für Schleswig-Holstein, wo die Grenzfestlegung noch nicht erfolgt ist, sowie in Ostpreußen und Oberschlesien, ist die Volksabstimmung noch nicht vorgenommen, werden die für die Nationalversammlung gewählten Abgeordneten so lange ihr Mandat auch in dem neugewählten Reichstag behalten, bis auch in diesen Gebieten Wahlen möglich sind. Dem neuen Reichstag werden also provisorisch angehören die bisherigen 11 Abgeordneten für Schleswig-Holstein, die 14 Abgeordneten für Ostpreußen und die 15 Abgeordneten für Oberschlesien, ferner ein sozialdemokratischer und ein demokratischer Abgeordneter für das westpreussische Abstimmungsgebiet. Einer ähnlichen Regelung in Eupen-Malmédy und im Saar-gebiet stehen die Friedensbedingungen entgegen.

Dem neuen Reichstag werden also bis auf weiteres folgende Abgeordnete der bisherigen Nationalversammlung als Mitglieder angehören:

Für den Wahlkreis 1 (Provinz Ostpreußen) die Deutschnationalen Richter und Behrens, von der Deutschen Volkspartei Graf zu Dohna, vom Zentrum Dr. Fleischer, die Demokraten Siehr, Bräuner und Wartschat, die Sozialdemokraten Braun, Frau Kähler, Wäbering, Wolff, Schulz, Köpcke und Steinkopf.

Vom Wahlkreis 2 (westpreussisches Abstimmungsgebiet) der Sozialdemokrat Gehl und der Demokrat Weinhausen.

Vom Wahlkreis 10 (Reg.-Bez. Oppeln) der Deutschnationale Hartmann, der Demokrat Pohlmann, die Sozialdemokraten Hörsting, Frau Hauke, Wölfler, Blas, Beder, die Mitglieder des Zentrums Wliska, Benschel, Ehrhardt, Witta, Sawadzki, Sejeponik, Strzoda, Olsch.

Vom Wahlkreis 14 (Provinz Schleswig-Holstein und die zu Oldenburg gehörende Provinz Lauenburg) der Deutschnationale Oberhagen, von der Deut-

men Sozialpartei Bruner, die Demokraten Esdornet, Blum und Graf Baum, die Sozialdemokraten Legien, Frohne, Frau Schröder, Michelsen und Kürbis.

Das Vorspiel von Spa.

Vorbereitungen in London und Ostende.

Nach Meldungen aus London ist es wahrscheinlich, daß eine Konferenz der Verbündeten vor der Konferenz von Spa in Belgien zusammentritt, höchst wahrscheinlich in Ostende. In antiken englischen Kreisen hofft man, daß Millerand vor dieser Konferenz nochmals zur Beratung mit Lloyd George nach London kommen werde.

Der Kampf um die Entschädigungssumme.

„Echo de Paris“ meldet: Herr Adenot, der Finanzminister der französischen Regierung in London, ist nach England abgereist. Er wird dort die echnischen Verhandlungen weiterführen, die in San Remo und Sythe über die Ausführung des Friedensvertrages begonnen worden sind. Es ist möglich, daß in den nächsten Unterredungen das Prinzip der Kausalsumme aufgegeben wird und daß man zu dem System der Jahreszahlungen, wie es in San Remo vorgeschlagen wurde, zurückkehren wird. Die Aufgabe unseres Unterhändlers ist lang und schwierig, und es ist wenig wahrscheinlich, daß das Datum des 21. Juni, das zuerst für die Konferenz von Spa festgesetzt wurde, auch eingehalten wird. Italien, das in der Konferenz es Obersten Rates am 28. April 1919 nicht vertreten war, in der festgesetzt wurde, in welchem Verhältnis die deutschen Zahlungen zu leisten und wie sie unter den Mächten zu verteilen sind, die ein Vorkaufsrecht auf die Wiedergutmachungen haben, kündigt durch die Forderungen an, daß es den Teil, der ihm zugewandt wird, nicht anerkennen kann. Es verläuft eine andere Teilung. Es stehen schwierige Verhandlungen bevor.

Politische Rundschau.

— Berlin, 5. Juni 1920.

— Bei einer Wahlrede in Berlin erklärte es Reichsminister Müller abermals als ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei in irgendeiner Koalition eintrete.

— Der Kommandeur des Wehrkreiskommandos 4, Generalleutnant von Stelzmann hat an die fälische Regierung ein Schreiben gerichtet, in der er betont, daß die Wehrkraft durchaus auf dem Boden der Verfassung steht und jeden Versuch des Verfassungsbruches und der Störung von Ruhe und Ordnung mit allen Mitteln verhindern werde.

— Die Untersuchung gegen die bayerische Reichsregierung hat in keinem einzigen Falle ein verfassungswidriges Verhalten von Reichsbeamten während der Kapptag ergeben.

— Der Präsident v. D. Hoyer ist zum Präsidenten des Reichsausschusses ernannt worden.

— Die Abstimmung in Kasan soll nach der Ostroder Zeitung am 11. Juli stattfinden. An antlicher Stelle ist hierüber nichts bekannt.

— Die Justizkommission des allierten Rates hat die zweite Liste der von Deutschland abzurückstellenden Kriegsverbrecher fertiggestellt; die neue Liste enthält fünfzig Namen.

— Die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus Sibirien. In Kopenhagen hat sich ein Komitee gebildet, das für die Heimkehr der deutschen, österreichischen und türkischen Kriegsgefangenen aus Sibirien arbeitet. Es will eine große Sammlung veranstalten. Der Rücktransport der Gefangenen erfordert außerordentliche Geldmittel, da die Heimkehr jedes Gefangenen ungefähr 1000 Kronen kostet. Schon jetzt haben sich 90 Tausend aus allen Teilen der Welt bereit erklärt, Beiträge für die Rückkehr der Gefangenen entgegenzunehmen. Das Komitee stellte sich Professor Fritz Hofmann zur Verfügung, der bekanntlich die Arbeiten für die Heimkehr der russischen Kriegsgefangenen leitet.

— Die Pariser Wirtschaftskonferenz. Der Direktor Joenne, Vorsitzender des Deutschen Wirtschaftsverbundes, Generaldirektor Voelker und Geheimrat Wietel vom Direktorium der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp sind vom Reichskanzler telegraphisch aufgefordert worden, sich nach Paris zu begeben, um bei den dortigen Wirtschaftskonferenzen gemeinsam mit Hugo Stinnes die Interessen der deutschen Eisenindustrie wahrzunehmen.

— Protest Hensburgs gegen die Clausenlinie. In der letzten Sitzung der holländischen Kollegien in Hensburg wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die holländischen Kollegien in Hensburg erheben einstimmig nochmals und auf das schärfste Einspruch gegen die Clausenlinie. Sie entspricht nicht dem nationalen Selbststande und wird zu dauernden Streitigkeiten zwischen beiden Völkern Anlaß geben. Bei der Festlegung dieser Grenze wird eine alsbaldige Revision des Friedensvertrages unvermeidlich sein. Wir verlangen, daß die Reichsregierung jede Forderung ablehnt, die über den Friedensvertrag hinausgeht. Diese Entschließung wurde der Reichsregierung telegraphisch übermittelt.

— Trimborn gegen Erzbergers Kandidatur. In einer Zentrumsversammlung in Köln erklärte, wie der Berliner Presse gemeldet wird, der Vorsitzende des Reichszentrums, Geheimrat Trimborn, zur Erzbergerfrage, daß der Reichsausschuß mit 49 gegen 10 Stimmen beschlossen hatte, Erzberger zu bitten, ein Mandat nicht mehr anzunehmen. Bedauerlich sei, daß Erzberger diesem Wunsch nicht gefolgt sei. Hätte er das persönliche Opfer gebracht, würde er der Zentrumspartei damit einen großen Dienst erwiesen haben. Nunmehr müsse die Entscheidung der Fraktion abgewartet werden. Es wäre nicht zu verantworten, wenn Erzberger wegen seiner Person es auf eine Spaltung der Partei ankommen lassen wollte.

— Der gotthardische Schülerstreik zurückgezogen. In Gotha hatte die Schulverwaltung im vergangenen Herbst das Schulgebet vor und nach dem Unterricht, jede Schulanstalt, die Zensurerteilung und die Prüfung in der Relation durch einen Erlaß untersagt.

Jetzt hat die Landesregierung auf Anweisung des Reichskommissars Polle diesen Erlaß förmlich zurückgezogen.

— Ein päpstlicher Abstimmungs-Kommissar. Die „Oberschlesische Grenzzeitung“ meldet aus Warschau: Die polnische Regierung hat aus Rom die amtliche Benachrichtigung erhalten, daß der päpstliche Nuntius Erzbischof Ratti auf Grund eines besonderen päpstlichen Dekrets vom 26. April zum päpstlichen Abstimmungskommissar für Oberschlesien, Ostpreußen und Westpreußen ernannt worden ist.

— Die ersten Rombesuche katholischer Staatsoberhäupter. Der Papst hat durch eine am 1. Juni veröffentlichte Enzyklika das vom Papst Pius IX. erlassene Verbot der Romreise katholischer Staatsoberhäupter so bedeutend gemildert, daß es als tatsächlich außer Wirksamkeit gesetzt gelten kann. Der „Germania“ zufolge dürften der Staatspräsident von Polen und sodann das belgische Königspaar die ersten katholischen Staatsoberhäupter sein, die Rom, d. h. den italienischen Hof und gleichzeitig den Papst, besuchen werden.

— Entschädigung der Elbafischhändler. In folgenden Punkten haben die am 9. Januar ergangenen Richtlinien für die Gewährung von Vorschüssen auf Schäden Deutscher in Elbafischhändler eine Abänderung erfahren: Vorschüsse und Beihilfen können hinfort bis zu Dreivierteln des Schadens gewährt werden. Beträgt dieser nicht mehr als 15 000 Mark, so ist eine Abfindung in voller Höhe möglich. Unterzählungen können regelmäßig bis zu 10 000 Mark gewährt werden, vorbehaltlich einer Erhöhung in besonderen Fällen.

Rundschau im Auslande.

— In Wien hat sich jetzt ein allierter Wiederaufmachungs-ausschuß niedergelassen. Er kann u. a. wirtschaftliche Parlamenten beschließen ausgeben lassen und die Annahme seiner Vorlagen anordnen.

— Der norwegische Storting hat zur Wiederaufnahme des Handels mit Rußland die Regierung aufgefordert, Delegierte nach Rußland zu entsenden, um Verhandlungen einzuleiten.

— In Südafrika haben die Bergarbeiter der Goldgruben der Regierung ein Ultimatum gestellt, in dem sie die sofortige Verhaftung der Goldgruben fordern, andernfalls der Generalstreik in allen Minen erklärt werde.

— Desierreich: Ein österreichischer General unter Verhaftung.

— Feldmarschall-Leutnant des Ruhestandes Casimir Gnerendorff, der sich vor einem am 1. Juni in Wien stattfindenden Militärgerichtshof und des Kassationshofes zusammengesetzten Straßengericht zu verantworten hatte, weil er im August 1914 in Schabach drei Soldaten ohne Gerichtsverfahren habe niederstrecken lassen, wurde von dem Gerichtshof des Nordbundes freigesprochen und wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu sechs Monaten strengen Arrests verurteilt.

— Ungarn: Der ungarische Friedensvertrag unterzeichnet.

— Aus Paris wird gemeldet, daß der Friede mit Ungarn am Freitag in Versailles in der Galerie unterzeichnet wurde, die das große und kleine Zeitanon verbindet. Aus Anlaß der Unterfertigung des Friedensvertrages in Versailles fand in Budapest eine Protest- und Trauerkundgebung statt. Am Vormittag sammelten sich die aus allen besetzten Gebieten stammenden Ungarn zu Tausenden vor dem Millennium-Denkmal, von wo sie sich in die Basilika begaben, wo ein Trauergottesdienst abgehalten wurde. Zahlreiche Körperkassen hielten Protestversammlungen ab. Räden und Geschäfte blieben geschlossen. Die elektrische Bahn blieb um zehn Uhr zehn Minuten stehen, die Eisenbahnzüge hielten im ganzen Lande 3 Minuten, die Straßen wurden überall um zehn Uhr eine halbe Stunde hindurch gesperrt.

— Rußland: Die Niederlage der Bolschewisten.

— Nach dem polnischen Frontbericht bringen die polnischen Heere zwischen Dwina und der oberen Wersina an verschiedenen Punkten siegreich vor. Es werden dauernd erstritten Abteilungen der zuletzt vernichteten feindlichen Division in den weißrussischen Wäldern gefangen genommen. Ein wiederholter Angriff auf den polnischen Brückenkopf Rzeszowa wurde unter Anwendung polnischer Panzerzüge und Flugmaschinen unter großen Verlusten an Gefangenen und Maschinengewehren für den Feind zurückgeschlagen. Versuchte Angriffe der Bolschewisten in der Ukraine wurden zurückgewiesen. — Der bolschewistische Frontbericht gibt an, daß die russischen Truppen im Abschnitt von Swenjan und an der Wersina nach einem erbitterten Kampf nach Osten zurückgegangen sind.

Soziales.

— Rückgang in der Zahl der Arbeitslosen. Wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, weist die Gesamtzahl der unterstützten Arbeitslosen auch am 15. Mai dieses Jahres einen bemerkenswerten Rückgang auf. Während am 15. April 244 894 männliche und 6 498 weibliche Erwerbslose unterstützt worden sind, trugen die entsprechenden Ziffern am 15. Mai nur 10 670 und 59 748. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen betrug also am 15. Mai nur noch rund 70 000 gegen rund 310 000 am 15. April. Zu ihnen tritt an unterstützten Familienangehörigen noch die Zahl von 256 910 gegen rund 300 000 am 15. April. In diesen Ziffern kommt somit die ungünstige Benutzung, die sich unterdessen auf dem Arbeitsmarkt vollzogen hat, noch nicht zum Ausdruck.

Poliales.

— Nachträgliche Verteuerung der Lebensversicherungsprämien wird von den Gesellschaften erwidert. Wie man hört, hat das Reichsausschussamt für Privatversicherungen sich grundsätzlich bereit erklärt, in eine Prüfung der Frage einzutreten, und hierzu von den verschiedenen Lebensversicherungen statistische Unterlagen eingefordert. Spruchreife sei die ganze Frage noch nicht. — Vor allem wird man doch aber wohl zunächst die stark interessierten Versicherten hören müssen. Die Sache liegt doch nicht so einfach. In vielen Fällen sind in langen Friedensjahren große Prämien in hochwertigen Gelden an die Gesellschaften gezahlt worden, die aber jetzt im Todesfalle eine Versicherungssumme ausbezahlen, die an Wert um das Vielfache geringer geworden ist. Und jetzt soll den Versicherten noch ganz vertragswidrig, nachträglich eine Erhöhung der noch zu zahlenden Prämien auferlegt werden. Im Klagefalle dürften die Rechte einer solchen einseitigen Erhöhung die Rechtskraft kaum aufbrechen.

Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 20. Oktober 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 4. August 1919 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit 10. September v. J. verloren; sie werden nur noch bis zum 10. September dieses Jahres von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet. Die Besitzer solcher Noten werden in ihrem eigenen Interesse erneut an deren rechtzeitige Ablieferung erinnert. Es handelt sich aber hierbei nur um die Reichsbanknote vom 20. Oktober 1918 mit der dunklen quadratischen Umrandung auf der Vorderseite, nicht aber auch um die Fünfmärknote vom 30. November 1918.

Glückliche Gewinner. Donnerstag vormittag wurden in der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie die beiden Gewinnprämien von je 300 000 Mark gezogen. Sie fielen in der Abteilung A und B auf die Nr. 79 235.

* Die Reichstagswahlen. Die Wahlbeteiligung am Sonntag war eine verhältnismäßig schwache. Während in Bierstadt am 19. Januar 1919 insgesamt 2116 Stimmen abgegeben wurden, wurden diesmal nur 1973 Stimmen abgegeben. Ebenso war die Beteiligung in Wiesbaden. Es wurden in Bierstadt abgegeben:

Mehrheitssozialdemokraten	616 Stimmen
Deutsche Volkspartei	549 "
Demokratische Partei	328 "
Unabhäng. Sozialdemokr.	326 "
Zentrum	105 "
Deutschnation. Volkspartei	51 "
1973 Stimmen	

In Wiesbaden hat sich das Bild gegen das Vorjahr auch verändert. Dort wurden abgegeben:

Mehrheitssozialdemokraten	10151 Stimmen
Deutsche Volkspartei	14968 "
Demokratische Partei	9915 "
Unabhäng. Sozialdemokr.	6311 "
Zentrum	6222 "
Deutschnation. Volkspartei	3528 "
Kommunisten	4 "
51099 Stimmen	

feststeht, daß die Demokratische Partei am schlechtesten abgeschnitten und die Deutsche Volkspartei an Stimmen sehr gewonnen hat. Die Begeisterung, mit der im Vorjahre der Demokratie zugejubelt wurde, ist verflogen u. weshalb wohl? Die Zustimmung zum Betriebsrätegesetz dürfte ein Hauptgrund sein. Als gewählt dürfen bis jetzt 182 Abgeordnete gelten, von denen die Mehrheit aus Unabhängige und Mehrheitssozialisten fällt.

* 100 Gramm Speiseöl zum Preise von 3,20 Mk. sollten vorige Woche nach der Veröffentlichung des hiesigen Bürgermeistersamtes zur Verteilung kommen. In Wirklichkeit sind von dem Händler aber nur ein zehntel Eiter ausgegeben worden, aber zum Preise wie 100 Gr. nämlich 3,20 Mk. Dieses ist für den Konsumenten ein Verlust von 12 Proz. und für den Händler ein Gewinn von 500 Mk. am Tag, wozu noch ein Ueberschuß von 17 Liter Öl kommen, die dann auch nochmal verkauft werden. Wie gedenkt sich die hiesige Gemeindevorwaltung gegen diese willkürliche Handlung dem Händler gegenüber zu verhalten?

Die Pflege unserer Straßen, sowohl im als außer des Ortsbereiches, lag in früheren Jahren vielfach im argen. Heute sind insbesondere unsere Landstraßen in gutem Zustande. Der Gemeinde stehen mehrere Tagelöhner zur Verfügung, welche nach Anordnung unseres Gemeindevorstandes alle Begearbeiten in solider Weise fertig stellen. Wenden wir nur beispielsweise unsere Wege nach dem Friedhofe. Früher mußte man bei Regenwetter geradezu im Schlamm waten, wenn man einem guten Freunde das letzte Geleite gab. In ganz andere Weise sind heute die Wege aus unserem Friedhofe hergerichtet worden! Da gibt es kein Pfützen mehr, und der Friedhof in dem schlimmsten Regenwetter gut passierbar. Und nun gar die beiden geschmackvoll hergerichteten Ruhebänke aus Birkenholz, zu denen hoffentlich in Kürze eine dritte Bank hinzukommen wird. Diese schönen Bänke sind durch unsere Gemeindevorwaltung fertiggestellt worden. Wäre es nun nicht etwa zu ermöglichen, daß diejenigen Gräber, welche so ganze ohne Schmuck sind auf Anordnung unserer Polizeibehörde durch die nächsten Verwandten gepflegt würden. Der Fußhaken auf der Bierst. Höhe ist auch in sachgemäßer Weise hergerichtet, so daß er jetzt auch bei Regenwetter passierbar ist. Ebenso ist der Ausgang zur alten Schule in einfacher aber zweckdienlicher Weise hergerichtet. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind die 8 Lehrsäle der beiden Schulen fertiggestellt worden. So konnte denn seit einigen Tagen der Schulunterricht wieder ein regelmäßiger Weise erteilt werden. Es wird über viele Einrichtungen in unserem Dorfe in tabellarischer Weise gesprochen. Da geziemt es sich auch die Blichkeiten einmal in der rechten Weise zu beleuchten.

Wetterbericht.

10.-11. Nachts Regen, früh leicht bewölkt, darauf wiederholt Regen und Gewitter, Wind schwach, wenig Sonnenschein.

Bekanntmachungen.

Dem Kommunalverband sind zur Verteilung bzw. Verkauf an Minderbemittelte in der dortigen Gemeinde

1. 100 Paar Frauen- und Kinderstrümpfe
2. 90 Meter Hemdentuch
3. 70 Meter Männerbekleidungsstoff.
4. 5 Paar Frauenschuhe
5. 5 Paar Männerschuhe

zugewiesen worden.

Der Verkaufspreis für Pos. 1 beträgt je nach Größe 4,75 — 10,80 Mk., für Pos. 2 — 12,65 Mk., f. Pos. 3 — 56,50 Mk., f. Pos. 4 — 61,50 Mk., f. Pos. 5 — 71,50 Mk.

Minderbemittelte, welche bei der Zuteilung berücksichtigt sein wollen, haben sich bis zum 7. d. Mts. auf der Bürgermeisterei hier selbst, Zimmer 6, zu melden.

Die Verteilung der Waren zu Pos. 1—3 ist den einschlägigen Geschäften für die dortige Gemeinde zugewiesen worden. Die Ware zu Pos. 4 und 5 wird vom Landratsamte, Zimmer Nr. 23, abgegeben.

Bei Verkauf des Männerbekleidungsstoffes durch die Gemeinde wird derselbe mit nur 45,20 Mk und 2 Proz. Unkosten berechnet.

Wiesbaden den 28. Mai 1920.

Der Kreisausschuß des Landkreises Wiesbaden.

Diese Veröffentlichung ging uns erst am 5. 6. um 11 Uhr mittags (also für die Samstagsnummer zu spät) zu. Die Bekanntmachung ist aber in Umschrift bereits am 28. Mai ausgefertigt, wieviel Zeit brauchte also dieselbe um in die Zeitung zu gelangen.

Hierdurch mache ich bekannt, daß die Außerungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangsinning für das Schmiedehandwerk im Landkreis Wiesbaden schriftlich bis zum 18. Juni 1920 oder mündlich in der Zeit vom 18. bis einschl. 20. Juni bei mir abzugeben sind.

Die Abgabe der mündlichen Äußerung kann während des angegebenen Zeitraumes werktäglich von 10—12 Uhr in den Diensträumen des Kreishauses hier, Zimmer 6, erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerker, welche im Bezirke der Gemeinde das Schmiedehandwerk selbständig betreiben, zur Abgabe ihrer Äußerung mit dem Bemerken auf, daß nur solche Erklärungen, welche erkennen lassen, ob der Errichtung der Zwangsinning zustimmt oder nicht, gültig sind und daß nach Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Äußerungen unberücksichtigt bleiben.

Die Abgabe einer Äußerung ist auch für diejenigen Handwerker erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung einer Zwangsinning gestellt haben.

Wiesbaden, den 27. Mai 1920.

Der Kommissar: gez. Schlitt stellvertretender Landrat.

Bez.: Festsetzung des Ortslohnes.

Unter Abänderung der Bekanntmachung vom 12. 4. 1918 (Reg. Amst. 1918, Seite 97) wird auf Grund der §§ 149 und 150 der Reichsversicherungsordnung das ortsübliche Tagesentgelt gewöhnlicher Tagelöhner (Ortslohn) für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Biebrich, wie folgt festgesetzt:

männliche Personen über 21 Jahre	8,00 Mk.
weibliche Personen über 21 Jahre	5,80 Mk.
männliche Personen von 16 bis 21 Jahre	7,00 Mk.
weibliche Personen von 16 bis 21 Jahre	4,80 Mk.
männliche Personen unter 16 Jahre	4,20 Mk.
weibliche Personen unter 16 Jahre	3,40 Mk.

Wiesbaden, den 28. April 1920.

Oberversicherungsamt

Der Vorsitzende: Unterschrift.

Wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Hessen-Rhessan in Cassel beschlossen hat, die Zahlung der Ehrengaben mit Schluß des Jahres 1920 einzustellen und zwar in der Weise, daß die Anträge betr. Ehrengabe spätestens am 31. Dezember 1920 bei der Landesversicherungsanstalt eingegangen sein müssen.

Bierstadt, den 5. Juni 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Bin seit 5. Juni 1920 unter

Nr. 5532

an das Fernsprech-Amt
Wiesbaden angeschlossen

Tierarzt Dr. Mayer

Bierstadt, Kloppenheimerstr. 7.

Todes- + Anzeige.

Sonntag Nachmittag entschlief nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Wilhelm Fischer

im Alter von 42 Jahren.

Bierstadt, den 6. Juni 1920.

In tiefer Trauer

Wilhelmine Fischer u. Verwandte

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 9. d. Mts. nachmittags 4 Uhr vom Trauerhause, Rathausstraße 1, aus statt.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters
erheischt Mitglied des Mieterschutz-
Vereins Bierstadt zu sein.

Große öffentliche Versammlung

der Kriegsbeschädigten, Hinterbliebenen,
Gefangenen und Kriegsteilnehmer
am Donnerstag, d. 10. Juni abends 8 Uhr
im Restaurant zum „Rebenstock“ (Bef. W. Klein).
Kamerad Gaußkreter Schulze aus Frankfurt spricht über
Das neue Versorgungs-gesetz
für die Kriegsoffer.

Außerdem wird Auskunft erteilt über die Witwen-
beihilfe, Kriegsbeschädigten-, Hinterbliebenen- und Ge-
fangenenfürsorge.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen
Ortsgruppe Bierstadt.

Abt. Hinterbliebenen.

Diesigen Mitglieder, welche die 2 Räte Winterbe-
hilfe noch nicht erhalten haben, werden gebeten sich bis
Donnerstag, den 10. d. Mts. bei unserem Mitgliede
Arthur Lehmann, Wiesbadenerstr. 4, zu melden.

K. Becht.



Radfahr-Club Bierstadt 1900
Eingetr. Verein.

Sonntag, den 13. Juni findet die zweite
Gauwanderfahrt durch das herrliche
Bisepetal statt. Abfahrt morgens 7 Uhr von Wies-
baden (Restaurant Westendhof, Schwalbacherstr. 46). für
ältere Leute ist der Zug morgens 7,20 ab Wiesbaden
nach Eiserne Hand günstig für Proviant hat jeder selbst
zu sorgen.

Abfahrt 6½ Uhr vom Vereinslokal zum „Bären“.
Um recht zahlreiche Beteiligung der Vereins- und
Bundesmitglieder bittet mit sportlichem All-Heil

Der Tourenfahrwart: Emil Mayer

Achtung!

Der geehrten Einwohnerschaft zur Kenntnis, daß ich
seit Januar mein Geschäft für mich habe. Empfehle
gleichzeitig moderne Küchen-Einrichtungen in Pitsch und
Eichen lack. von 1500 Mk. an sowie alle andere mod.
Möbelstücke bei billiger Berechnung. für gute und solide
Arbeit ist stets Sorge getragen.

Hans Schiebener,

Bierstadt Rathausstraße 6.
Möbel- und Bauwerkerei.

Wer Geschäfte machen will,
muß inserieren!

Unterhalten

Zinkbadekannen

zu verkaufen.

Hermannstraße 1. part.

Ein

Puddelwagen

Doppelpänner mit Koff

zu verkaufen.

Bierstadt, Rathausstr. 12.

Büchlein und Lehrmädchen

gekauft. Bierstadt Wiesbad. 41.

Ein Alter mit

ewigen Klee

zu verkaufen. Näheres

Bierstadt, Wilhelmstraße 4.

Stärkewäsche

zum Bügeln wird angenommen

Bierstadt, Wilhelmstr. 31, II

Cigarren

rein Uebersee von 80. —
90 1. — 1.20 1.50 bis 5. —
Cigarillos von 40 Pfg. an

Umsonst

Ist ein Versuch nicht sie
bleiben bestimmt dauernd
Kunde Tabak 100 Gramm
von 5. Mk. an

Cigarren Gerwing

Wiesbaden

en gros en detail

nur 12 Nikolalstr. 12

Fernsprecher 5228

Nie wiederkehrende Ge-
legenheit, besonders für
Wiederverkäufer.

Rheumatismus

Ischias, Verleiden Schreibe
allen Leidenden gerne umsonst
womit ich mich von meinem
schweren Leiden selbst befreite nur
Rückmarkts erkrankt.

August Streichert

Witzingerode Eichs.

Sommer

iprossen,

braune, fleckige Haut, Leber-

steife vermindern wie abgewa-

chen auch Bäder Mittelst.

Auskunft frei, nur Rückmarkts

erkrankt.

Hugo Holtenmann,

Horsdansen bei Döhrleben.

Sommersprossen! verschwinden!

Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich
mit Frau Elisabeth Frucht, Hannover F 188. Schließfach 238